

„Outlet Center“ soll in Regionalplan aufgenommen werden

Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft verabschiedete Änderungs- und Ergänzungswünsche – „Kaufland“ politisch gewünscht

Sinsheim. (mw) Die Stellungnahme der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Sinsheim - Angelbachtal - Zuzenhausen zur Aufstellung eines einheitlichen Regionalplans Rhein Neckar zieht sich über mehrere DIN-A4-Seiten. Der gemeinsame Ausschuss erteilte jetzt in öffentlicher Sitzung allen Änderungs- und Ergänzungswünsche seine Zustimmung. Die Wünsche und Vorschläge sind das Ergebnis von Beratungen und Beschlüssen in den Ratsgremien der Verbandsgemeinden.

Die Große Kreisstadt fordert unter anderem eine Darstellung der Südlichen Randstraße ab L 550 (Richtung Weiler) entlang der Autobahn bis zur B 292. Darzustellen sei auch der von der Stadt geplante „Siedlungsbereich Gewerbe“ westlich der L 550. Dafür müsse der re-

gionale Grünzug an gleicher Stelle aus dem Regionalplan zurück genommen werden.

Weitere Änderungen betreffen den Bereich Kaufland, der im Regionalplan als Ergänzungsstandort auf dem Gelände der Firma Edel dargestellt ist. Diese Darstellung widerspreche dem Einzelhandelskonzept Sinsheim in Verbindung mit der Innenstadtabgrenzung. Die Ansiedlung von „Kaufland“ am Standort ist aber „politisch gewünscht“ und werde weiter verfolgt. Weil das Zielabweichungsverfahren beim Fabrikverkaufszentrum (Factory Outlet Center) im Messegelände noch nicht abgeschlossen sei, wird die Ausweisung des Centers im Regionalplan beantragt. Werde dem Antrag nicht statt gegeben, sei „in jedem Fall“ ein Ergänzungsstandort auszuweisen.

Für den in der früheren Mülldeponie „Franzosenbrunnen“ geplanten Solarpark müsse das an dieser Stelle ausgewiesene Vorranggebiet für Naturschutz- und Landschaftspflege zurückgenommen werden. Neu ist der Standort der Vorrangfläche für Windenergie.

Plankorrekturen

Sie soll im Bereich „Neuhaus/Dombergerwald“ bei Ehrstädt sein. Weitere Änderungswünsche waren Korrekturen an überholten Plandarstellungen in Haselbach, Hilsbach und Waldangelloch.

Die Gemeinde Angelbachtal bewegt vor allem die Ausweisung von Vorrangflächen für Naturschutz im Regional-

plan. Es seien 220 Hektar landwirtschaftliche Fläche für Naturschutz ausgewiesen. Damit würden 20 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche nicht mehr für vorrangige landwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung stehen.

Die bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen sollten weiterhin als solche deklariert bleiben. Angeregt wird, dass Flächen für den Naturschutz „nur in besonders gelagerten Bereichen ausgewiesen werden sollen, die schon jetzt auf Grund der vorhandenen Vegetation, Bodengüte und Hanglage nicht zu den besten landwirtschaftlichen Bereichen gehören.“

Die Gemeinde schlägt drei andere Flächen vor, die für den Naturschutz ausgewiesen werden sollten. Die im Plan vorgesehenen sollten dafür entfallen.